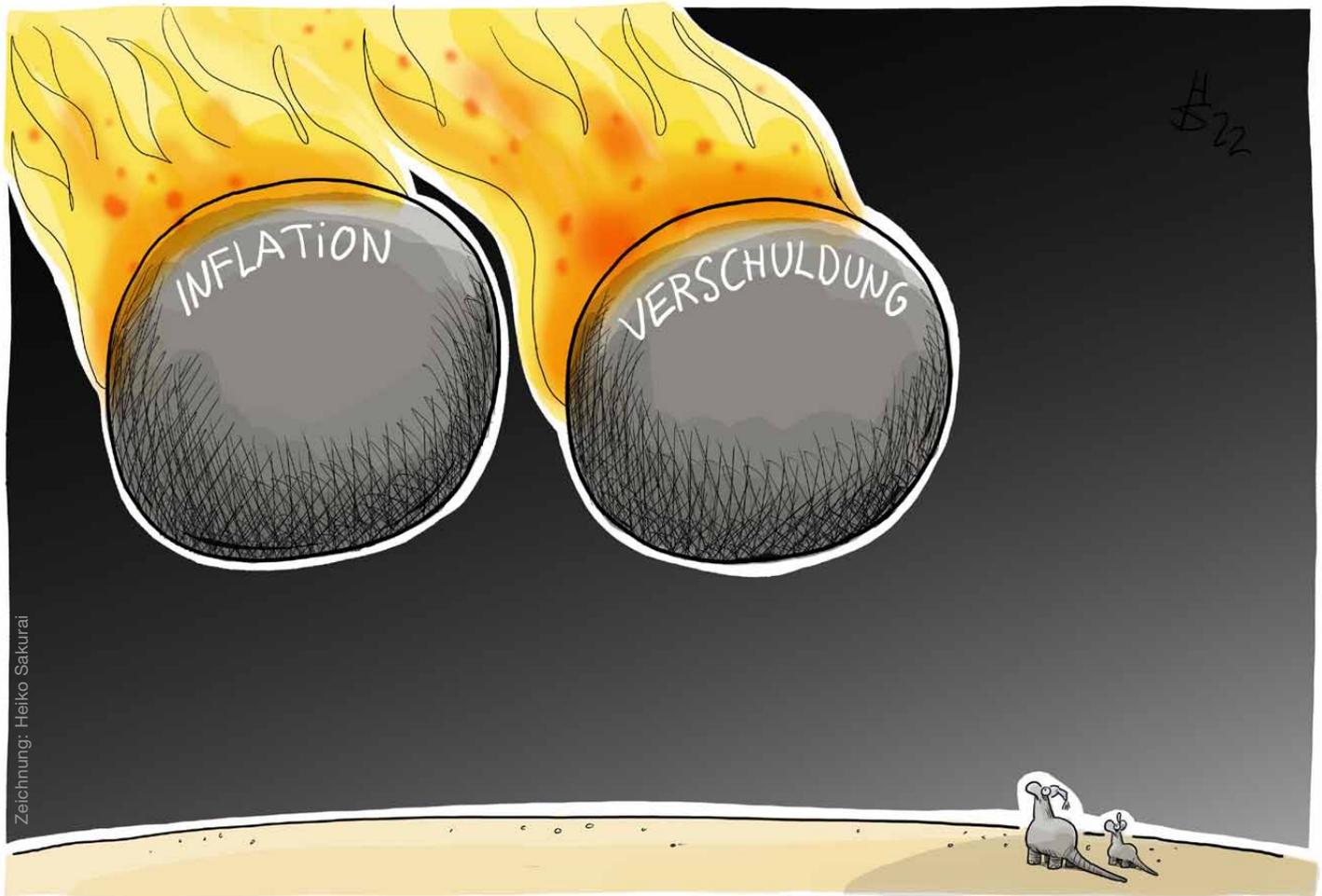


Marktwirtschaft.



Zeichnung: Heiko Sakurai

Noch ein Doppelwumms

02 Staatsverschuldung und Inflation: Zwei Seiten ein und derselben Medaille!
Editorial von Bernd Raffelhüschen

03 Tagungen
„Wie sieht die Marktwirtschaft der Zukunft?“
„Wohlstand sichern in schwieriger Zeit“

04 Ehrbarer Staat? Politik versus Statistik
Narrative im Spiegel ökonomischer Fakten

06 Krankenhausversorgung in Deutschland
Neue Studie des Kronberger Kreises

07 Kronberger Kreis
Veranstaltungen und Presse

08 Querpass
Die Mannschaft wie das Land!?

Staatsverschuldung und Inflation: Zwei Seiten ein und derselben Medaille!

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Foto: Ronny Barthel.

Die ausgewiesene Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden wird sich gegen Ende 2022 auf fast 2,5 Billionen Euro beziffern und erreicht damit einen historischen Höchststand. Auf die Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg und die Energiekrise sind etwa 10 Prozentpunkte des Anteils von insgesamt fast 70 Prozent der Staatsschulden am BIP zurückzuführen. Allerdings spiegelt dies nur den Zuwachs der verbrieften oder auch sichtbaren Staatsschulden wider. Hinzu kommen mehr als 300 Milliarden, die man in Sondervermögen oder Bundesdarlehen versteckt sowie die unsichtbare Schuld der Sozialversicherungen und der Gebietskörperschaften. Fehlende Rückstellungen für die Beamtenversorgungslasten sowie die Renten-, Kranken und Pflegeversicherung beziffern sich summa summarum auf 11,9 Billionen Euro, wovon schätzungsweise über 6 Billionen Euro der Corona-, Ukraine- und Energiekrise zuzuschreiben sind. Im Zuge der absehbaren demografischen Entwicklung werden aus diesen impliziten Schulden sukzessive explizite und damit sichtbare Schulden. Ob aufgrund von ausufernden Pensionslasten oder steigenden Bundeszuschüssen zu den Sozialversicherungen: Ohne nachhaltige Reformen ist damit bereits kurzfristig eine weiterhin massiv steigende verbrieftete Staatsverschuldung absehbar.

Wer aber kauft all diese Schuldscheine und geschieht dies freiwillig? Letzteres mitnichten: Eine ganze Reihe von Finanzintermediären sind durch das Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sowie die Solvency II-Richtlinie der EU dazu verpflichtet, hohe Quoten in „mündelsichere Staatspapiere“ zu investieren. Da deren Bilanzen ohnehin keine hohe Volatilität abfedern können, tut das strikte Niederstwertprinzip bei der Bilanzierung sein Übriges, um die einseitige Kapitalanlage zu forcieren. Im Ergebnis sind Renten- und Lebensversicherungen, aber auch alle versicherungsförmigen Durchführungswege in der betrieblichen Altersvorsorge in hohem Maße in Staatspapieren

refinanziert. Bei der Kapitalanlage von Riester- und Rürup-Renten induziert die Beitragsgarantie ebenfalls einen hohen Anteil von Staatspapieren. Aber auch die Eigenanlagen von Sparkassen, Volksbanken etc. sind gespickt mit öffentlichen Anleihen aller Art. Seit geraumer Zeit gesellt sich beim Kauf von Staatspapieren allerdings noch ein „Nachfragegoliath“ hinzu – die EZB. Sie hat in den letzten Jahren massive Aufkaufprogramme durchgeführt und dabei von vielen Ländern mehr als die Hälfte ihrer Schuldverschreibungen aufgekauft. Unter dem Deckmantel einer vermeintlich stabilitätsorientierten Geldpolitik wurden dabei mehr oder weniger unverblümt allzu generösen Staatsausgaben der EU-Mitgliedstaaten finanziert. Und das Resultat ist „beeindruckend“: Die Zentralbankgeldmenge der EZB hat sich von ca. 1 Billionen Euro im Jahre 2012 auf ca. 3 Billionen Euro zum Anfang des Jahres 2020 verdreifacht, um sich im Zuge der Corona-Pandemie innerhalb von weniger als 2 Jahren auf über 6 Billionen Euro zu verdoppeln.

Um es ganz klarzumachen: Wir haben durch frisch gedrucktes Geld die Corona-Maßnahmen finanziert mit Inflation als Nachspiel. Mit dem Ende des laufenden Jahres ist die Rekordmarke von über 10 Prozent Inflation bei den Verbraucherpreisen bereits geknackt. Wer glaubt, dass diese Preisentwicklung allein durch die Energiepreise zu Stande kam, ist auf dem Holzweg. Ohne eine monetäre Alimentierung können sich im Wesentlichen nur die Preisstrukturen verschieben, weil beispielsweise für die Mehrausgaben im Energiebereich andere Preise nachfragebedingt sinken müssen. Wenn jedoch die Geldmenge deutlich stärker steigt als das BIP, können die Preise auf breiter Front ansteigen und inflationäre Lohn-Preis-Spiralen in Gang setzen. Im Laufe der vergangenen 10 Jahre ist das reale BIP um ca. 12 Prozent, die Zentralbankgeldmenge um rund 500 Prozent gestiegen und eines ist sicher: „Die Zahnpasta bekommen wir nicht wieder zurück in die Tube“, jedenfalls nicht ohne das Risiko einer Rezession. Keine schöne Alternative: Inflation oder Rezession. Am Ende bekommen wir aufgrund der grundfalschen nachfrageseitigen statt angezeigter angebotsorientierter Wirtschaftspolitik wahrscheinlich beides: den „Doppelwumms“ als Doppelrumms.

IMPRESSUM

Dr. Ann Zimmermann (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725

Tagungen

Wie sieht die Marktwirtschaft der Zukunft aus?

Foto: Dirk Hasskarl.



Prof. Berthold Wigger, Dr. Ursula Weidenfeld, Prof. Theo Siegert, Prof. Heike Schweitzer, Prof. Lars P. Feld, Prof. Clemens Fuest, Prof. Michael Eilfort, Prof. Volker Wieland und Dr. Andreas Audretsch MdB (v. li.).

Die Soziale Marktwirtschaft steht seit mehr als sieben Jahrzehnten nicht nur synonym für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sondern auch für unseren Wohlstand. Bis heute gilt sie als Erfolgsmodell, das die Vorteile eines möglichst freien und wettbewerblich organisierten Marktes mit sozialem Ausgleich verbindet und so „Wohlstand für alle“ schafft. Doch die Welt hat sich verändert und mit ihr die Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen: u.a. die ökonomischen Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine, die ungelöste Weltklimakrise, die Folgen des demografischen Wandels oder die zunehmende Konkurrenz durch autokratische Staaten, die kein Interesse an der Einhaltung fairer Spielregeln im globalisierten Wettbewerb haben. Welche Implikationen ergeben sich daraus für die Soziale Marktwirtschaft? Brauchen wir einen stärkeren Staat, mehr Regulierung und noch mehr sozialen Ausgleich oder bedarf es einer stärkeren Besinnung auf ordnungspolitische Prinzipien?

Zum 7. September 2022 hat die Stiftung Marktwirtschaft zu ihrer Tagung „Wie sieht die Marktwirtschaft der Zukunft aus?“ eingeladen, um über diese und weitere Fragen zu diskutieren mit Dr. Andreas Audretsch MdB (Stellvertretender Vorsitzender Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen), Franziska Brandmann (Bundesvorsitzende Junge Liberale), Tilman Kuban MdB (Bundesvorsitzender Junge Union Deutschland) sowie den Mitgliedern des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld (Direktor des Walter Eucken Instituts), Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (Präsident des ifo Instituts), Prof. Dr. Justus Haucap (Direktor des DICE), Prof. Dr. Heike Schweitzer, LL.M. (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Volker Wieland Ph.D. (Geschäftsführender Direktor des IMFS) sowie Prof. Dr. Berthold U. Wigger (KIT). Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin Dr. Ursula Weidenfeld.

Wohlstand sichern in schwieriger Zeit – Innovation als Königsweg?

Foto: Hans-Joachim Rickel



Nadine Schön MdB, Dr. Melanie Maas-Brunner, Prof. Lars P. Feld, Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger MdB, Maik Außendorf MdB, Prof. Michael Eilfort, Finn Age Hänsel, Tanja Samrotzki (v.li.).

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine legen noch stärker grundlegende Strukturprobleme in Deutschland offen, die man lange vor 2020 sehen konnte, aber viele nicht sehen wollten. Neben einem kontinuierlichen Verlust an globaler Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit haben sich die demografische Entwicklung und damit verbundene politische Entscheidungen zunehmend als Hemmschuh für notwendige Reformprozesse entwickelt.

Die Bundesregierung hat ihre Arbeit unter das Motto „Mehr Fortschritt wagen“ gestellt. Aber wie sollte dieser Fortschritt aussehen, um unter den durch Corona-Pandemie und russischem Angriffskrieg auf die Ukraine erschwerten Rahmenbedingungen wieder mehr Wettbewerbsfähigkeit erreichen und den Wohlstand für künftige Generationen sichern zu können? Um mehr Klarheit über diese zentrale Frage zu erlangen, haben wir am 27. September 2022 auf unserer Veranstaltung „Wohlstand sichern in schwieriger Zeit – Innovation als Königsweg?“ diskutiert mit Bettina Stark-Watzinger MdB (Bundesministerin für Bildung und Forschung), Maik Außendorf MdB (Digitalpolitischer Sprecher, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld (Direktor des Walter Eucken Instituts, Sprecher des Kronberger Kreises), Finn Age Hänsel (Founder und CEO Sanity Group, Vorstandsmitglied im Bundesverband Deutscher Start-Ups, „Gründer des Jahres 2021“), Dr. Melanie Maas-Brunner (Mitglied des Vorstands und Chief Technology Officer (CTO) der BASF SE), Nadine Schön MdB (Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) unter der Moderation der Journalistin Tanja Samrotzki.



Die Berichte zu den Veranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ehrbarer Staat? Politik versus Statistik

Narrative im Spiegel ökonomischer Fakten

Der Angriff Russlands auf die Ukraine Anfang dieses Jahres und dessen Auswirkungen stellen Deutschland vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen. Während die Bundesregierung im nächsten Jahr mit einer Rezession rechnet, steigen gleichzeitig die expliziten als auch die impliziten Schulden weiter an und die Inflation erreicht einen Höchststand nach dem anderen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Folgen der Covid-19-Pandemie, insbesondere durch gestörte Lieferketten, weiter anhalten und sich der demografisch bedingte Fachkräftemangel zunehmend verschärft.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen stellt das aktuelle Herbst-Update der Generationenbilanz der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg einigen der vorherrschenden gesellschaftlichen und politischen Narrative ökonomische Fakten gegenüber, um den Blick für die tatsächlichen Probleme zu schärfen.

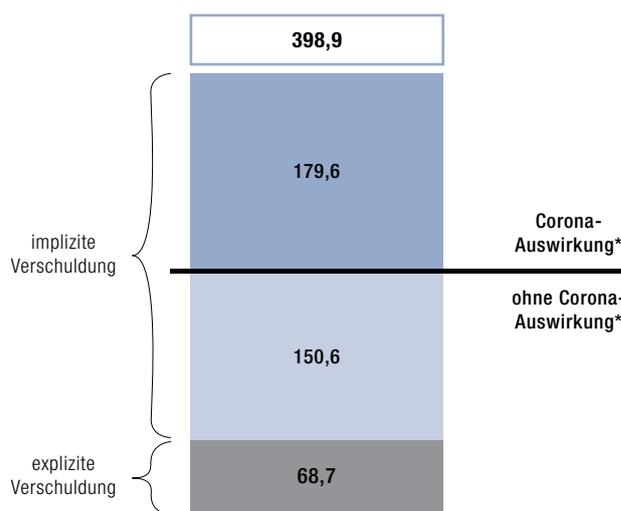
Die offiziell ausgewiesenen Staatsschulden liegen derzeit bei knapp 2,5 Billionen Euro bzw. 68,7 Prozent des BIP und sind seit Beginn der Covid-19-Pandemie um etwa 10 Prozentpunkte gestiegen. Soweit das politische Narrativ. Das ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Für die heute noch nicht direkt sichtbaren impliziten Schulden ergibt sich ein erheblicher coronabedingter Anstieg von 179,6 Prozentpunkten auf insgesamt 330,2 Prozent des BIP. Die impliziten Schulden spiegeln im Wesentlichen die bereits erworbenen und bei Fortführung des Status quo noch entstehenden, aber durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Ansprüche heutiger und zukünftiger Generationen gegenüber dem Staat wider. Die Gesamtschulden des Staates, gemessen durch die Nachhaltigkeitslücke, liegen damit bei 398,9 Prozent des BIP bzw. bei 14,4 Billionen Euro. Im Hinblick auf die Schuldentransparenz zeigt sich, dass der Staat lediglich ein Fünftel seiner Staatsschulden ausweist. Schuldentransparenz sieht anders aus.

Neben den zunehmenden Schulden sind zudem die steigenden Verbraucherpreise besorgniserregend. Seit Anfang des Jahres gehen hohe Energiepreise einher mit steigenden Inflationsraten bei den gewerblichen Erzeugerpreisen, die sich mittlerweile auf einem Rekordniveau befinden. Auch die Verbraucherpreise weisen den stärksten Anstieg seit 70 Jahren auf: Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die gewerblichen Erzeuger- sowie die Verbraucherpreise im September 2022 um 45,8 Prozent bzw. 10 Prozent gestiegen.

Anstieg der impliziten Staatsschuld auch Covid-19-bedingt

Explizite und implizite Staatsschulden sowie die Nachhaltigkeitslücke in Prozent des BIP

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.



* Es handelt sich hier um Abschätzungen auf Basis des kontrafaktischen Szenarios aus dem Sommer-Update 2021, vgl. hierzu Raffelhüschen et al. (2021): „Die Generationenbilanz Update 2021: Steigende Schulden, versäumte Reformen, apathische Politik. Gekommen, um zu bleiben – Die fiskalischen Lasten der Beamtenversorgung“, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik 158.

Entscheidender Faktor für die stark gestiegene Inflation ist die über Jahre anhaltende ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg sind zwar Auslöser, aber nicht Verursacher der Inflation. Auch wenn die EZB durch die längst überfällige Erhöhung des Leitzinses einen Kurswechsel vollzogen hat, zeichnet die gleichzeitige Einführung neuer Rettungsprogramme wie des Transmission Protection Instruments (TPI) das Bild einer Zentralbank, deren Geldpolitik fiskalisch dominiert wird und letztendlich das Ziel hat, die Solvenz der Mitgliedstaaten zu sichern. Dabei lässt das TPI fiskalische Umverteilungseffekte befürchten und mindert die Anreize für die Staaten im Euroraum, die dringend notwendige Konsolidierung ihrer Haushaltspolitik anzugehen, anstatt ein Instrument zielgerichteter Inflationsbekämpfung zu sein. Stattdessen sollte sich die EZB auf das Primat der Preisniveaustabilität konzentrieren.

Darüberhinaus zeigt sich, dass die in der Öffentlichkeit weit verbreitete Annahme, dass Sparen hätte sich aufgrund der

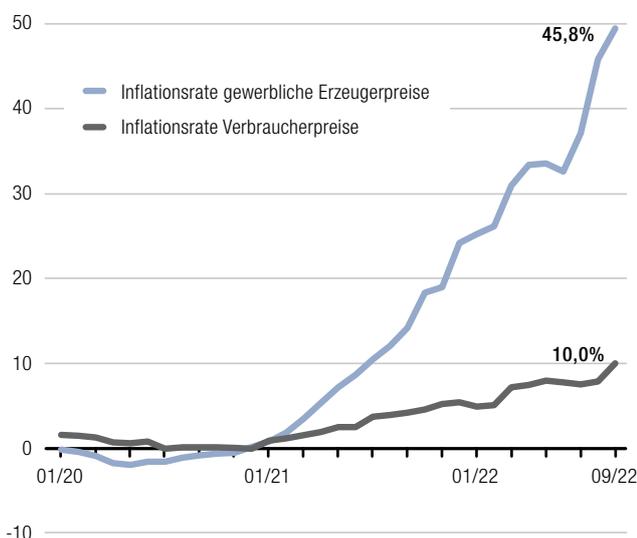
Niedrigzinsphase in den letzten Jahren nicht gelohnt, lediglich für festverzinsliche Wertpapiere gilt. Ein Blick in andere Assetklassen offenbart, dass die Erträge nicht niedrig sein müssen. Werden die realen durchschnittlichen durationsgewichteten Renditen von Aktien (4,96 Prozent) und Immobilien (4,74 Prozent) betrachtet, wird deutlich, dass sparen mit dem richtigen Anlagemix durchaus profitabel war und weiterhin ist.

Auch der weitverbreitete Eindruck einer stetig steigenden Mietbelastung trägt. Betrachtet man die durchschnittlichen Bestandsmieten im Vergleich zur Nettoeinkommensentwicklung, zeigt sich, dass sich die Erschwinglichkeit von Mietwohnungen nicht verringert hat. Das gilt selbst für Berlin, wo die Debatte besonders emotional geführt wird. Nur bei Neuverträgen sind die Mieten seit dem Jahr 2010 überproportional stark gestiegen. Der Keil zwischen der Entwicklung der Neuvertrags- und der Bestandsmieten wird durch die aktuelle Mietpreisregulierung befeuert. Statt den Wohnimmobilienmarkt durch immer weitere Regulierungen zu blockieren, sollte die Wohnungspolitik der Bundesregierung und der Länder eine Angebotserweiterung ermöglichen und ambitionierte Neubauprojekte initiieren und fördern.

Die Preise steigen wie noch nie

Entwicklung der Inflationsrate der gewerblichen Erzeugerpreise (Erzeugerpreisindex) und der Verbraucherpreise (Verbraucherpreisindex) seit Januar 2020 in Prozent

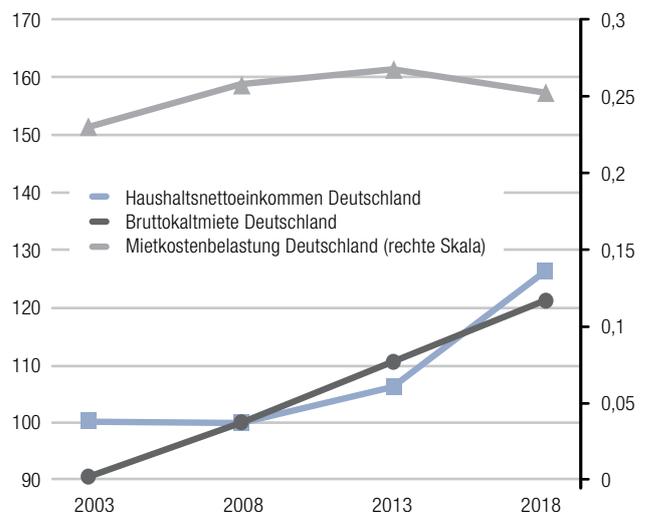
Quelle: Statistisches Bundesamt (2022).



Die Mietkostenbelastungsquote ist im Vergleich zu 2008 gesunken

Indices der Bruttokaltmiete, des Haushaltsnettoeinkommen von Miethaushalten und die Mietkostenbelastung (linke Skala: Index 100 = 2008; rechte Skala: Mietkostenbelastungsquote)

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.



Ob unzureichendes Staatsschuldenkonzept, einseitig betrachtete Inflationsursachen, die unvollständige Darstellung des Renditeumfeldes oder voreilige Schlussfolgerungen im Rahmen der Debatte um die Mietenbelastung – häufig mangelt es an einer adäquaten Darstellung der Situation, auf Basis derer sinnvolle politische Entscheidungen abgeleitet werden können. Werden „passende“ Narrative bewusst gestrickt, indem unbequeme ökonomische Tatsachen und Zusammenhänge nur unvollständig dargestellt oder gar missverständlich interpretiert werden, ist es an der Zeit, den Rückwärtsgang einzulegen und die Faktenlage noch einmal genauer unter die Lupe zu nehmen – insbesondere dann, wenn aus ihnen politische Handlungsoptionen abgeleitet werden. Denn eins dürfte klar sein: Für die öffentliche Meinungsbildung ist kaum etwas so unabdingbar wie Transparenz und Nachvollziehbarkeit – und das nicht nur in Krisenzeiten.



Die Publikation und weitere Informationen zum Thema finden Sie unter: www.ehrbarer-staat.de

Kronberger Kreis

Neue Studie: Krankenhausversorgung in Deutschland



Krankenhausversorgung in Deutschland: Diagnose und Therapie

Kronberger Kreis-Studie Nr. 70

Lars P. Feld
Clemens Fuest
Justus Haucap
Heike Schweitzer
Volker Wieland
Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISBN: 3-89015-132-9

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung der Krankenhausversorgung wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Zwar hat die Krankenhausversorgung in Deutschland der außergewöhnlich hohen Belastung in der Pandemie im Unterschied zu Ländern wie den USA, Italien oder Spanien vergleichsweise gut standgehalten. Allerdings ist dies kaum auf vorausschauende Planung und ein effizientes Versorgungssystem zurückzuführen. Vielmehr ist die Krankenhausversorgung in Deutschland weiterhin reformbedürftig, wie der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner neuesten Studie aufzeigt.

Problematisch ist insbesondere, dass es zu viele kleine Krankenhäuser, zu viele Krankenhausbetten und zu geringe Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur gibt, also in Geräte und Gebäude. Basierend auf einer Analyse der institutionellen Ursachen der Missstände und systemimmanenten Fehlanreize in den Bereichen Krankenhausplanung, Krankenhausfinanzierung und Krankenhauswettbewerb leiten die Wissenschaftler Reformoptionen ab, durch die der Mitteleinsatz verbessert und gleichzeitig Resilienz sowie Agilität des Systems erhöht werden können:

- Als grundlegende Reform schlägt der Kronberger Kreis vor, die Krankenhausplanung auf Bundesebene zu verlagern. So könnte sich die Planung stärker auf der Grundlage evidenzbasierter Kriterien an den räumlichen Bedarfen und der Qualität von Krankenhausbehandlungen orientieren, da lokale polit-ökonomische Erwägungen, die zu vielen kleinen Krankenhäusern in der Fläche führen, an Bedeutung verlieren.
- In der Krankenhausversorgung sollte zu einer monistischen Finanzierung übergegangen werden, sodass die Anreize verringert werden, durch zusätzliche Behandlungsfälle Deckungsbeiträge für ansonsten

unterfinanzierte Krankenhausinvestitionen zu erzielen. Die duale Finanzierung von Krankenhäusern durch die Krankenversicherungen und die Länder schafft Fehlanreize für Leistungsausweitungen in der Krankenhausbehandlung und unterminiert Anreize der Länder, für eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser zu sorgen, weil sich die Investitionskosten über die Behandlungsentgelte von den Steuerzahlern der einzelnen Länder auf die bundesweite Gesamtheit der Versicherten abwälzen lassen.

- Wo sich die Regulierung auf eine Definition der Mindestversorgung und einer Höchstversorgung beschränkt, ist der Spielraum für Wettbewerb klar umrissen. Der Krankenhauswettbewerb sollte zudem durch erweiterte Möglichkeiten von Selektivverträgen und eine stärkere Fusionskontrolle gefördert werden, da er die Behandlungsqualität steigern kann.
- Die Fehlvorsorgung des deutschen Krankenhaussystems sollte als Missstand begriffen werden. Zwar können gewisse Überkapazitäten zu einer stärkeren Krisenresilienz beitragen. Überkapazitäten sollten aber Ergebnis einer rationalen Planung sein. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass gesundheitliche Krisen wie die Corona-Pandemie eine grenzüberschreitende Dimension haben. Die Planung von Überkapazitäten sollte daher im Rahmen grenzüberschreitender Vereinbarungen erfolgen.

Die Analyse fand u.a. in Fachkreisen hohe Aufmerksamkeit. So veröffentlicht die Fachzeitschrift „f&w – führen und wirtschaften im Krankenhaus“ in der aktuellen Dezemberausgabe den Gastbeitrag „Mehr Bund, weniger Land“ des Kronberger Kreises zu den Studien-Ergebnissen.



Foto: Kay Herschelmann.

Der Kronberger Kreis: Prof. Justus Haucap, Prof. Lars P. Feld, Prof. Clemens Fuest, Prof. Berthold U. Wigger, Prof. Heike Schweitzer und Prof. Volker Wieland (v.li.).



Die Publikation sowie das Webinar finden Sie auf: www.kronberger-kreis.de

Veranstaltungen und Presse



In unserem Webinar über die Fußball-WM 2022 stellte Prof. Dr. Justus Haucap, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), klar, dass es keinen zwingenden Grund gab, diese nach Katar zu vergeben – außer, dass für die FIFA als Monopolist der dortige Markt wohl am profitabelsten ist. Eine nachhaltige Verbesserung der Menschrechtssituation in einem Land aufgrund der Austragung einer WM sei höchst zweifelhaft.

Bei der WM 2018 sei mit Frankreich das wertvollste Team Weltmeister geworden (1,3 Mrd. US-\$ Marktwert). Dieses Jahr stünden somit die Chancen sehr gut für England mit einem Marktwert von 1,3 Mrd. €. Gut im Rennen seien auch Frankreich (1,1 Mrd.€) sowie Brasilien (1 Mrd.€), das wiederum auf Basis der Wettquoten als neuer Weltmeister gehandelt werde. Das blamable frühe Ausscheiden der deutschen Mannschaft 2018 könne man ökonomisch damit erklären, dass die Innovationskraft nachlasse, wenn man an der Spitze stehe, wie beispielsweise häufig auch bei Marktführern in der Wirtschaft zu beobachten ist.



Foto: Dirk Hasskarl.

Prof. Volker Wieland, Dr. Bernadette Droste, Prof. Michael Eilfort (v.li.)

Bei unserem 8. Berliner Gespräch zum Finanzplatz, das wir gemeinsam mit der Hessischen Landesvertretung veranstalten, sprach Prof. Volker Wieland, Ph.D. (Geschäftsführender Direktor des Instituts Währungs- und Finanzstabilität

(IMFS), im September 2022 über „Die Inflation und ihre Folgen – wie erreichen wir mehr Stabilität für den Euro und die Energieversorgung?“. Laut Wieland wirken heute – wie schon bei der Stagflation in den 1970er Jahren – Krieg und Energiekrise als Brandbeschleuniger einer Inflation, die bereits zuvor eingesetzt hat. Er betonte, dass einerseits die Europäische Zentralbank den Preisauftrieb entschiedener bekämpfen sollte und andererseits die Bundesregierung alle Hebel nutzen sollte, um das Energieangebot auszuweiten.

Frankfurter Allgemeine

EU-Wettbewerbsrecht

Marktwirtschaftler warnen: Kartelle helfen dem Klimaschutz nicht

Die EU-Kommission will das strenge Wettbewerbsrecht für Klimaschutz lockern. Dagegen regt sich in Deutschland Widerstand. Die liberalen Wissenschaftler des Kronberger Kreises kritisieren die Pläne in einer noch unveröffentlichten Studie. Auch die Monopolkommission warnt.

Am 6. Juli 2022 berichtete die FAZ über ein Interview mit dem Kronberger Kreis zu seiner Studie „Green Deal auf Kosten des Wettbewerbs“, in der er Pläne der Europäischen Kommission in Frage stellt, das Kartellverbot für Unternehmenskooperationen, die der Nachhaltigkeit dienen sollen, zu lockern. Das Ausschalten von Konkurrenz halte Unternehmen eher davon ab, in Umwelt- und Klimaschutz zu investieren. Erst Wettbewerb bringe die nötigen Innovationen für die grüne Transformation hervor.

Project Syndicate | THE WORLD'S OPINION PAGE

The ECB's Toxic Bond-Purchase Program

In seinem Gastbeitrag für Project Syndicate am 27. Juli 2022 kritisierte der Kronberger Kreis das neue Anti-Fragmentierungsinstrument (TPI), das der EZB-Rat eine Woche zuvor mit der Begründung beschlossen hatte, es sei ungerechtfertigten Marktdynamiken entgegenzuwirken, die eine Bedrohung für die Transmission der Geldpolitik im Euro-Raum darstellten. Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft warnte, dass dadurch Länder sowohl von Marktkräften als auch von politischen Verpflichtungen abgeschirmt werden, was seinerseits eine toxische Wirkung auf die Stabilität der Europäischen Währungsunion hat.

Querpass

Die Mannschaft wie das Land!?

Ein Desaster in Katar, nicht nur sportlich. Viel Luft ist ´raus, die Flasche(n) ziemlich leer – bei der Fußball-Nationalmannschaft in jedem Fall. Auch im Land? Zwar sind die Fallzahlen der WM-Turniere überschaubar sowie Kausalität und Korrelation nicht zu verwechseln, trotzdem liegen Zusammenhänge nahe: Deutschlands Volkssport Nummer Eins und sein Aushängeschild, die Herren-Nationalelf, erscheinen seit Jahrzehnten als durchaus treffender Spiegel des Zustands unseres Landes. Beispiele bieten insbesondere die gewonnenen Fußball-Weltmeisterschaften: 1954 „Wir sind wieder wer“, Wirtschaftswunder und Weltmeistertitel, Zusammenhalt und Kampfgeist hungriger Spieler. 1974 „mehr Demokratie wagen“, sogar im DFB, und ums Geld ging es nun auch – man war sozusagen erwachsen geworden in Deutschland. Im glücklichen Jahr 1990 fielen Deutsche Einheit und Weltmeistertitel zusammen. 2014 Weltspitze im Fußball wie beim Export. Die Bundeskanzlerin stand als „Mutti“ im Zenit sowie in der Mannschaftskabine, ein wirtschaftlich kraftstrotzendes Land auf dem Höhepunkt seines Ansehens.

Alles Geschichte. Seit 2015 verschlechtern sich, lange ignoriert, die Wettbewerbsfähigkeit der Nationalelf und des Landes. Die alternde Republik denkt kaum an Zukunft, investiert zu wenig in analoge und digitale Infrastruktur, vermasselte die „Energiewende“, vernachlässigte äußere wie innere Sicherheit und allem voran Innovation und Wandel. Unter „Leistung“ versteht man eher Transfer als eine anerkannte Anstrengung und will von Wettbewerb und Reformen möglichst wenig hören. Man macht es sich lieber in der Gegenwart gemütlich, konsumiert und setzt auf Bewahrung.

Genauso spielten 2018 in Russland und 2022 in Katar die deutschen Mannschaften: Bräsig, ideen- und mutlos, satte und innerlich matte Kicker, die lieber zurückpassten als steil zu gehen. Verbal aber war man Ankündigungsweltmeister: „Best never rest“ lautete der Slogan „der Mannschaft“ 2018, und „Zusammen. Geschichte schreiben“. Das „gelang“ im sportlichen Wettbewerb anders als gedacht: Deutschland blamierte sich mit dem schlechtesten Resultat in fast 90 Jahren WM-Historie und „konsolidierte“ sich 2022 noch auf diesem Niveau. Ob der Bundestrainer, der angekündigt hatte, Weltmeister werden zu wollen, nun am Stuhl klebt wie sein Vorgänger?

Hatten bis 2014 Substanz und sogenannte „deutsche Tugenden“ selbst im Falle unansehnlicher Fußballkünste



Bild: Sergey Peterman – stock.adobe.com.

immer mindestens unter die letzten Acht geführt, reicht es seither nicht mehr, um mitzuhalten. Die Weltspitze ist außer Blickweite. Dazu beigetragen haben dürfte die weitgehende Aussetzung des Wettbewerbs auch in der Fußball-Auswahl. Er wich einer kuscheligen Wohlfühlatmosphäre – da ist die DFB-Elf wie der Konsens-Föderalismus. (Selbst-) Kritik oder gar Veränderung? „Führungsspieler“ tauchten auch bei dieser WM ebenso ab wie politische Führungskräfte es außerhalb des Fußballs tun (und derzeit mit diesem auch weder gesehen noch verglichen werden wollen). Wenigstens der Teammanager zeigte etwas Einsicht, während die ebenso langjährige, in vielem Wichtigen untätige ehemalige Regierungschefin und ihre Vizekanzler nahezu alles richtig gemacht haben wollen.

Das Leistungsprinzip? Galt bei der deutschen Auswahl so wenig wie mitunter bei Grundrente und Bürgergeld. So hatte u.a. Schlußmann Neuer seit seinen Meriten 2014 bei keinem Turnier überzeugt, will aber unverdrossen weiterhin aufstrebende Kräfte blockieren. Das Prinzip Hoffnung: Es werde schon wieder wie früher. Wurde es aber weder 2018 noch 2022. Mit dem Debakel der (männlichen) Fußballer sollte endlich auch unsere innere Große Koalition des „Weiter so, mit mehr vom Gleichen“ enden. Sowohl die Nationalelf als auch das Land brauchen Wettbewerb, Leistung, Innovation und neue Köpfe! Konkrete Reformvorschläge: www.stiftung-marktwirtschaft.de